

Aufräumarbeiten am «Ground Zero» beendet

Offizielle Zeremonie markierte gestern den Abschluss in New York

NEW YORK: Nach fast einem Dreivierteljahr unermüdlicher Aufräumarbeiten am «Ground Zero» hat New York am Donnerstag den Einsatz offiziell beendet. Um 10.29 Uhr (16.29 Uhr MESZ) läutete eine Feuerwehrglocke die Gedenkfeier für die mehr als 2800 Toten ein – dem Zeitpunkt, an dem am 11. September der zweite der Zwillingstürme einstürzte.

Eine letzte leere Bahre, die die Helfer gefolgt von Angehörigen der Opfer über den Platz des früheren World Trade Centers trugen, erinnerte an die Toten, die nicht geborgen werden konnten. «Es war schwer, hierher zu kommen», sagte Feuerwehrmann John Keating über den Beginn der Aufräumarbeiten im September. «Aber jetzt ist es auch schwer, wieder zu gehen.» 2823 Menschen kamen bei den Anschlägen von New York ums Leben, nur 1102 der Opfer wurden bislang identifiziert.

Suche nach Leichen geht weiter

«Näher als so kann ich wohl nicht bei ihm sein», sagte David Bauer, der seinen Vater bei den Terroranschlägen vom 11. September verlor. Gefunden wurde die Leiche nicht. In dem ab-



Gestern wurden die Aufräumarbeiten am «Ground Zero» offiziell beendet.

transportierten Schutt der Zwillingstürme soll jedoch weiter nach Leichteilen gesucht werden, wie Bürgermeister Michael Bloomberg den Angehörigen zugesichert hat.

Rund 1,5 Mio. Tonnen Schutt

Der letzte noch stehende Stahlträger des zerstörten World Trade Centers war am Dienstag entfernt worden. Arbeiter trennten ihn mit einem Schweißbrenner ab und hüllten ihn feierlich in eine US-Flagge. Nur ein kleiner Schutthaufen lag am Donnerstag noch auf «Ground Zero»; er soll am Freitag abtransportiert werden. Nach den Anschlägen türmten sich die rund 1,8 Millionen Tonnen Trümmer in einer Höhe von etwa zehn Stockwerken. Rund 1,5 Millionen Tonnen wurden in den vergangenen achteinhalb Monaten abgeräumt und in 108 444 Lkw-Ladungen weggefahren. Die Kosten für die Bergungs- und Räumarbeiten beliefen sich nach Behördenangaben auf 750 Millionen Dollar (820 Millionen Euro), rund ein Zehntel der ursprünglich veranschlagten Summe. Ursprünglich war damit gerechnet worden, dass die Aufräumarbeiten rund ein Jahr dauern würden. Zur künftigen Gestaltung des Platzes soll eine Architekturfirma bis zum 1. Juli mehrere Vorschläge vorlegen.

Israelische Armee zieht sich zurück

BETHLEHEM: Nach viertägiger Besetzung hat die israelische Armee am Donnerstag mit dem Rückzug aus Bethlehem begonnen, wie Augenzeugen berichteten. Kampf- und Mannschaftspanzer verliessen die Stadt. Auch das nahe gelegene Flüchtlingslager Dheisheh werde geräumt, hiess es weiter. Die Israelis hatten den Vorstoss nach Bethlehem mit der Suche nach Extremisten und der Verhinderung von Terroranschlägen begründet.

Nitrofen-Skandal weitet sich aus

HANNOVER/BERLIN: Der Skandal um mit Pflanzengift verseuchte Lebensmittel wird immer grösser. Nach Eiern, Fleisch und Milch aus Ökobetrieben stehen nun erstmals auch Produkte aus konventioneller Landwirtschaft im Verdacht, mit Nitrofen verseucht zu sein. Wie das niedersächsische Landwirtschaftsministerium am Donnerstag mitteilte, wurde das Herbizid bei der Erstuntersuchung von Eiern eines Betriebes im Landkreis Wesermarsch festgestellt. Das Ergebnis müsse aber noch erhärtet werden. Weitere verseuchte Lebensmittel wurden in Mecklenburg-Vorpommern entdeckt.

800 000 Flüchtlinge kehren heim

GENÈVE: Mehr als 800 000 Flüchtlinge aus Afghanistan sind in den vergangenen drei Monaten in ihre Heimat zurückgekehrt. Davon kamen 730 000 Menschen aus Pakistan. Die übrigen hatten in Iran, Tadschikistan oder Turkmenistan Zuflucht gefunden. Wie das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, das die Rückführung unterstützt, am Donnerstag in Genf mitteilte, habe die hohe Zahl der Heimkehrer und ihre schnelle Rückkehr die Erwartungen



übertrafen. Vor Beginn der Heimkehrswelle hatten sich nach Angaben des UNHCR in Pakistan und Iran etwa 3,5 Millionen afghanische Flüchtlinge aufgehalten. Das UNHCR ruft die Flüchtlinge nicht zur Rückkehr nach Afghanistan auf, unterstützt aber jene, die in ihre Heimat wollen, mit Lebensmitteln, lebenswichtigen Gütern und auch mit Geld.

Fast 30 Tote – Überfall auf Polizeikaserne

Pakistan zieht Truppen von afghanischer Grenze ab – Spannungen weiter verschärft

NEU-DELHI/ISLAMABAD: Ein Überfall extremistischer Muslime und heftige Artilleriegefechte mit insgesamt mehr als 30 Toten haben am Donnerstag die Spannungen im indisch-pakistanischen Grenzgebiet weiter verschärft. Pakistan zog Truppen von der afghanischen Grenze ab, um sie in der Krisenregion einsetzen zu können, wo beide Staaten schon eine Million Soldaten zusammengezogen haben.

Der pakistanische UN-Botschafter in New York erklärte, sein Land habe nie den Ersteinsatz von Atomwaffen ausgeschlossen. «Unsere Sicherheit steht an erster Stelle», sagte Präsident Pervez Musharraf in Islamabad. Die Soldaten würden an die indische Grenze verlegt, wenn die Kriegsgefahr bestehen bleibe. Musharraf begrüßte die Vermittlungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft. Auch indirek-

ter Kontakt zwischen Pakistan und Indien könne sehr hilfreich sein, erklärte er. Bei dem Artillerie- und Mörsergefecht in der Nacht zum Donnerstag wurden nach offiziellen Angaben auf beiden Seiten jeweils 14 Menschen getötet und rund 20 verletzt. Beim Angriff auf eine Polizeikaserne in Jammu, Kaschmir, wurden vier indische Beamte erschossen.

Worten Taten folgen lassen

Der indische Aussenminister Jaswant Singh rief Pakistan am Mittwoch noch einmal zu einem härteren Vorgehen gegen islamische Separatisten auf. Nach indischer Darstellung werden die Islamisten in Kaschmir von Pakistan unterstützt, was die Regierung in Islamabad aber bestreitet. Sein Land habe Musharraf genug Zeit gegeben, seine Zusagen zu erfüllen, sagte Singh nach einem Treffen mit dem britischen Aussenminister Jack Straw. Auch Straw

forderte Musharraf dazu auf, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Hinter die indische Forderung stellte sich auch das russische Aussenministerium und bekräftigte am Donnerstag einen entsprechenden Aufruf an Pakistan.

Allgemeine Besorgnis

Musharraf hatte erklärt, die Infiltration von militanten Muslimen in den indischen Teil Kaschmirs sei gestoppt worden. Sein Land exportiere keinen Terrorismus. Der indische Verteidigungsminister George Fernandes forderte Beweise. Auch bis zu 3000 El-Kaida- und Taliban-Kämpfer seien im pakistanischen Teil Kaschmirs untergetaucht, sagte er. Ein Kommandant der extremistischen Muslimgruppe Jaish-e-Mohammed warf Musharraf hingegen vor, den Separatisten in Kaschmir «den Dolch in den Rücken gestossen» zu haben. Das Klima zwischen Indien und Pakistan ist auch aus

Sicht der USA derzeit «sehr aufgeheizt». Die Situation könne leicht ausser Kontrolle geraten, erklärte Aussenministeriumssprecher Richard Boucher. Das Weisse Haus forderte erneut beide Seiten auf, einen Krieg zu vermeiden. Einem möglichen Atomkrieg zwischen Indien und Pakistan würden laut einer Analyse der US-Regierung vermutlich zwischen acht und zwölf Millionen Menschen zum Opfer fallen. Die Studie geht von einem Einsatz der gesamten Atomwaffenarsenale beider Seiten und der Ausrichtung auf dicht besiedelte Gegenden aus. Schätzungen zufolge besitzen Indien und Pakistan jeweils mehrere Dutzend Atomwaffen. Grossbritannien hat zur Entschärfung der explosiven Lage vorgeschlagen, die Waffenstillstandslinie von einer UN-Hubschraubertruppe überwachen zu lassen. Die Waffenstillstandslinie trennt seit 1972 den pakistanischen und indischen Teil Kaschmirs.

Gewaltsame Proteste bei Wahlen in Algerien

Neues Massaker überschattet Abstimmung – Erste Resultate für heute Freitag erwartet

ALGIER: Die erste Parlamentswahl in Algerien seit mehr als zehn Jahren ist am Donnerstag von gewaltsamen Protesten und Boykottaufrufen überschattet worden. Bis zum Mittag gaben nur knapp zwölf Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. In der Berberregion Kabylei, wo es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei kam, waren es nur zwei Prozent.



Nach Umfragen wurde insgesamt eine Wahlbeteiligung von 62 % erwartet.

Für viele Bürger stand der Wahlsieger bereits ohnehin fest: die regierende Koalition aus Nationaler Befreiungsfront (FLN) und Nationaldemokratischer Sammlungsbewegung. Die Regierung hofft, mit der Wahl die Demokratie stabilisieren und Ruhe in das Land bringen zu können. Wenige Stunden vor Öffnung der Wahllokale am Morgen wurden jedoch erneut 23 Menschen bei einem Massaker getötet, wie die amtliche Nachrichtenagentur

APS berichtete. Die Nomaden seien in einem rund 200 Kilometer westlich von Algier gelegenen Dorf von Extremisten überfallen worden.

Boykottaufruf der Berber

Um die 380 Sitze in der Abgeordnetenversammlung bewarben sich Kandidaten von 23 Parteien. Aus grundlegender Opposition zur Regierung in Algier hatten jedoch die beiden grössten Parteien der Berber im Atlasgebirge, die Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) und die Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie (RCD), ihre Anhänger zum Boykott der Wahl und zu Streiks aufgerufen. Hunderte Menschen protestierten am Donnerstag in der Kabylei gegen die Regierung und warfen Steine auf die Wahllokale. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die Demonstrationen aufzulösen. Seit mehr als einem Jahr fordern die Berber mehr Rechte für ihre Volksgruppe und

Demokratie. Geschürt wird der Protest durch steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Wohnungsnot, Wasserknappheit und Korruption in Regierungskreisen. Nach Umfragen wurde insgesamt eine Wahlbeteiligung von nicht mehr als 62 Prozent der 17 Millionen Stimmberechtigten erwartet. Auch die Wahlen würden ihnen kein fließendes Wasser bringen, begründete der Bahningenieur Mohand Ghoutat aus Algier seine Enthaltung. In Algier wurden die Sicherheitsmassnahmen massiv verschärft und Kontrollposten an den Hauptzufahrtsstrassen errichtet. Die letzte Parlamentswahl in Algerien vor mehr als zehn Jahren war wegen des drohenden Sieges der fundamentalistischen Islamischen Heilsfront (FIS) abgebrochen worden. Seitdem hat ein blutiger Bürgerkrieg rund 120 000 Menschen das Leben gekostet. Erste Ergebnisse wurden für heute erwartet.

Doppelte Staatsbürgerschaft

BELGRAD: Jugoslawien und Bosnien haben am Donnerstag in Belgrad die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft vereinbart. Den Beschluss fasste der bilaterale Rat, an dem auch Jugoslawiens Präsident Vojislav Kostunica beteiligt ist. Nebst Kostunica sitzen die drei Ko-Vorsitzenden des bosnischen Präsidiums, Beriz Belkic, Jozo Krizanovic und Zivko Radisic im dem Rat. Das Gesetz solle bald von den beiden Parlamenten ratifiziert werden, meldete die Nachrichtenagentur Beta nach dem Treffen. Es sei auch über die Notwendigkeit der Rückkehr der zahlreichen Flüchtlinge nach Bosnien gesprochen worden, sagte Belkic. Ein entsprechendes Abkommen sei in Vorbereitung. Der Rat habe die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten als positiv beurteilt.